

# Was will die Initiative für globale Gleichheit ?

Die **Initiative für globale Gleichheit** wurde im Herbst 2002 als unabhängige Vereinigung von Kriegsgegnern gegründet. Unser Widerstand galt und gilt nicht nur der völkerrechtswidrigen und unprovokierten Invasion der USA und ihrer Hilfstruppen im Irak, sondern jeder Form des imperialistischen Krieges. Dazu zählen wir auch den Krieg gegen den Irak 1991, die Bombardierung Bagdads 1998 sowie die Zerschlagung Jugoslawiens bis hin zur NATO-Aggression im „Kosovo-Krieg“ 1999. Im Weltmachtstreben der USA, der permanenten Verletzung und Missachtung internationalen Rechts, insbesondere des Prinzips der nationalen Souveränität, durch die US-Regierung und ihre Verbündeten, sehen wir die aktuell größte Bedrohung für die Zukunft der Menschheit und dieses Planeten und den wesentlichen Nährboden für den so genannten internationalen Terrorismus. Die wachsende Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik wird diktiert von dem grundlegenden Ziel: die uneingeschränkte Herrschaft des Profitsystems und des kapitalistischen „freien Marktes“ weltweit durchzusetzen.

Die etablierten politischen Parteien haben dieser bedrohlichen Entwicklung nichts entgegenzusetzen – im Gegenteil: In der Amtszeit der SPD-Grünen-Bundesregierung wurden die Militärausgaben drastisch erhöht und Auslandseinsätze der Bundeswehr stark ausgeweitet – mit der erklärten Absicht, die Bundeswehr in eine globale Interventionsarmee umzuwandeln. Die Bundesregierung hat sich trotz verbaler Distanzierung sowohl an der Vorbereitung des Überfalls auf den Irak beteiligt (z. B. durch die Gewährung von Überflugrechten für amerikanische und britische Flugzeuge über Deutschland, deutsche AWACS-Besetzungen und Fuchs-Spürpanzer in Kuwait) als auch den Krieg nachträglich abgesegnet und unterstützt de facto die anhaltende illegale Besetzung des Landes.

Die Militarisierung der europäischen Außenpolitik geht Hand in Hand mit Steuergeschenken für Großkonzerne und einem Generalangriff auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Verstärkt seit dem 11. September 2001 werden gleichzeitig die bürgerlichen Grundrechte in Deutschland wie auch in den übrigen NATO-Staaten systematisch ausgehöhlt, wobei uns eingeredet wird, dies sei unerlässlich, um die Bürger vor dem „internationalen Terrorismus“ zu schützen.

Während durch die „Reformen“ der SPD-Grünen-Bundesregierung eine in der Geschichte der BRD beispiellose Umverteilung stattfindet und vor allem mit Hartz IV und Arbeitslosengeld II Hunderttausende in die Armut getrieben werden, spielt sich vor unseren Augen ein fortgesetzter, immer dreisterer Bruch des Grundgesetzes ab. Die Eingriffsbefugnisse von Polizei und Geheimdiensten werden systematisch ausgeweitet. Das Vereinsrecht wurde beschnitten, die Meinungs- und Pressefreiheit für Ausländer eingeschränkt, das Asylrecht faktisch abgeschafft und der Datenschutz ausgehöhlt. Die weitere Einschränkung der Versammlungsfreiheit ist bereits auf dem Weg. Vorläufiger Höhepunkt ist die jüngst von der Innenministerkonferenz beschlossene Aufhebung des Trennungsgebots von Polizei und Geheimdiensten – wie vielleicht noch erinnerlich: eine Lehre aus dem deutschen Faschismus – und die Errichtung eines zentralen Sicherheitsapparats. Die Unionsparteien haben darüber hinaus bereits angekündigt, ein Gesetz zur Sicherungshaft in den Bundestag einzubringen, die Bundesinnenminister Otto Schily seit langem vehement fordert. Der Weg zur „Schutzhaft“ der Gestapo ist damit nicht mehr weit.

Damit steht das nötige Instrumentarium bereit, um dem für die Zukunft erwarteten Widerstand aus der Bevölkerung gegen die Politik des sozialen Kahlschlags wirksam begegnen zu können – auch mit polizeistaatlichen Mitteln.

Die hier skizzierte Entwicklung, die vom EU-Verfassungsentwurf mit seiner Verpflichtung zur militärischen Aufrüstung und zur Aushebelung nationaler Parlaments- oder Verfassungsvorbehalte – etwa bei Auslandseinsätzen – flankiert wird, lässt sich nur durch koordinierten politischen Widerstand aufhalten. Dieser Widerstand kann nur von denen kommen, denen ihre – einst von bürgerlichen Aufklärern und der sozialistischen Arbeiterbewegung erkämpften – demokratischen

und sozialen Rechte nicht gleichgültig sind und die sich auch von den stromlinienförmigen Massenmedien nicht einreden lassen, dass Unrecht Recht und auch ein Dasein als besitz- und rechtloser Untertan in einem hochgerüsteten Polizeistaat doch ganz nett sein kann.

Angesichts der wachsenden Bedrohung durch die Eruption des US-Militarismus und der sich weltweit verschärfenden Angriffe auf soziale und demokratische Rechte wird der Kampf gegen imperiale Machtpolitik und gegen die schrankenlose Herrschaft des „freien Marktes“ sowie **für soziale und globale Gleichheit** immer wichtiger.

Die völkerrechtswidrigen Angriffskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak waren erst der Anfang. Weitere Kriege sind bereits angekündigt und werden zwangsläufig folgen – wenn sie keine **unabhängige, international agierende politische Opposition** verhindert.

**Wir fordern konkret:**

- **Sofortige und vollständige Rücknahme aller Sozialkürzungen (Stichworte: Agenda 2010, Hartz IV, Arbeitslosengeld II)**
- **Sofortige Rücknahme der seit dem 11. September 2001 beschlossenen „Anti-Terror“-Gesetze! Stopp aller politisch motivierten, illegalen Abschiebungen**
- **Keinerlei deutsche Unterstützung für die (als „Wiederaufbau“ getarnte) fortgesetzte Besetzung des Irak! Abzug aller deutschen Truppen aus Afghanistan und dem Kosovo**
- **Den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller illegal im Irak sowie in Afghanistan stationierten amerikanischen und alliierten Besatzungstruppen**
- **Die sofortige Freilassung aller irakischen Gefangenen sowie der Gefangenen und Verschleppten des Afghanistan-Krieges**
- **Eine internationale, unabhängige und öffentliche Untersuchung (Tribunal) der wahren Hintergründe der völkerrechtswidrigen imperialistischen Kriege gegen den Irak und Afghanistan und ihrer Folgen**
- **Die Bestrafung und internationale Ächtung aller Kriegsverbrecher und Kriegstreiber**
- **Sofortige Einstellung der deutschen Waffenlieferungen an Israel, die Türkei und andere Kriegs- und Krisengebiete.**

Unsere bisherigen Aktivitäten, weitere Veranstaltungshinweise sowie kritische Berichte, Links und Reportagen zu den Bereichen **Politik, Demokratieabbau, Sozialabbau, Militarismus, Irak-Krieg, Geschichte, Wissenschaft, Kultur u. a.** sind auf unserer regelmäßig aktualisierten Internetseite zu finden:

**[www.nachrichten-analysen.de](http://www.nachrichten-analysen.de)**

Alle, die unsere Ziele unterstützen wollen, sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Kontakt über:

INITIATIVE FÜR GLOBALE GLEICHHEIT

[www.nachrichten-analysen.de](http://www.nachrichten-analysen.de) · E-Mail: [info@nachrichten-analysen-de](mailto:info@nachrichten-analysen-de)

Spendenkonto „Globale Gleichheit“ · Kto.-Nr. 12708003 · Volksbank Sulmtal eG · BLZ 620 619 91